



FÜR EINEN 24-STUNDEN GENERALSTREIK ALS ERSTE WARNUNG

GEGEN PRIVATISIERUNG UND DIE
ZERSCHLAGUNG DES SOZIALSTAATES

GEGEN PRIVILEGIEN
FÜR KÄMPFERISCHE UND
DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN



KONTAKT ZUR SLP

Wir freuen uns, wenn Du/Sie mit uns über die vorliegende Broschüre diskutieren willst/wollen. Einfach anrufen oder schreiben (per E-Mail oder mit traditioneller Post)!

Auf dem selben weg erhält Du/erhalten Sie nähere Informationen über die SLP, kannst Du/können Sie Mitglied de SLP werden oder einfach ein Treffen mit uns vereinbaren. Darüber hinaus halten wir eine webpage für Dich/Sie unter www.slp.at bereit.

TEL 01-524 63 10 MAIL SLP@SLP.AT

WEB WWW.SLP.AT POST SLP, KAISERSTR. 14/11, 1070 WIEN

CREDITS

Sonja Grusch, die Autorin der vorliegenden Broschüre, ist Bundessprecherin der Sozialistischen LinksPartei.

Herzlichen Dank an Harry Mahrer für das Layout und das Coverdesign.
Herzlichen Dank an Manu Tesak für das verwendete Foto, das einen Teil des SLP-Infostandes bei der ÖGB-Demo am 5. Juli 2001 in Wien zeigt.

IMPRESSUM

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:
Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
Druck: Eigenvervielfältigung

VORWORT

Nach Jahrzehnten, in denen der Begriff "Streik" nur mehr selten zu hören war, ist er nun wieder in aller Munde. "Dann brennt die Republik" (Kaske) war ebenso zu hören, wie ÖGB-Spitzen, die plötzlich den "Generalstreik" (Nürnberger) wiederentdeckten. Regierungsvertreter konterten prompt mit "Streikverbot" (Riess-Passer). Eine Kampfform der ArbeiterInnenbewegung, die ein Relikt der Vergangenheit zu sein schien, kehrt in die Arena der Tagespolitik zurück. Bis jetzt allerdings nur rhetorisch. Die jahrzehntelange Fast-Abstinenz hat dazu geführt, dass kaum eineR der zur Zeit unselbständig Beschäftigten jemals an einem Streik teilgenommen hat. Es fehlt an Erfahrungen mit diesem effektiven Kampfmittel. Gleichzeitig steht an der Spitze des ÖGB eine Mannschaft, die Streik fürchtet wie der Teufel das Weihwasser und lieber heute als morgen in die trügerische Sicherheit der Sozialpartnerschaft zurückkehren möchte. Wir möchten aufzeigen, warum ein 24 stündiger Generalstreik als erste Warnung an die Regierung notwendig und möglich ist.

Ziel der vorliegenden Broschüre ist es, den Streik zu entmystifizieren. Streiks sind nicht das Allheilmittel, aber sie sind ein mögliches und sinnvolles Kampfmittel. Streiks bergen Chancen in sich, müssen aber auch sorgfältig vorbereitet werden. Wir versuchen mit Vorurteilen wie "die ÖsterreicherInnen streiken doch nicht" aufzuräumen und die Frage "Ja dürfen die denn das überhaupt?" zu beantworten.

Am Ende soll klar sein, wie wichtig dieses Kampfmittel für die ArbeiterInnenklasse ist, und dass es höchste Zeit ist, dieses wieder zum Einsatz zu bringen.

Sonja Grusch, Wien am 21.8.2001

ES GIBT

1000 GRÜNDE FÜR WIDERSTAND

"Speed kills" ist das Motto dieser blau-schwarzen Regierung und gekillt werden soll v.a. der Sozialstaat. Die Liste der Angriffe auf ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, auf Frauen, Jugendliche, PensionistInnen und ImmigrantInnen ist lang, wir können hier nur Auszüge bringen.

Arbeitsrechtsänderungsgesetz

- + Verlängerte Entgeltfortzahlung für ArbeiterInnen im Krankheitsfall, jedoch keine vollständige Gleichstellung mit Angestellten. Der neue Anspruch besteht ab 2001, die Arbeitgeber ersparen sich durch die Urlaubsquotierung aber mehr, als sie die Gleichstellung kostet
- + Entfall des Postensuchtages bei Selbstkündigung ab 1.1.2001.
- + Senkung des Dienstgeberbeitrages zur Krankenversicherung für ArbeiterInnen um 0,3 % ab 2001.
- + Entfall der Urlaubsentschädigung ab dem Urlaubsjahr, das nach dem 31.12.2000 beginnt.
- + Verschlechterung beim Urlaubsrecht der Bauarbeiter.

Steuer- und Gebührenerhöhungen (ab 1.6.2000):

- + Reisepass: ATS 950.- statt 490.-
- + Personalausweis. ATS 780.- statt 320.-
- + Führerschein: ATS 760.- statt 660.-
- + Versicherungssteuer: über ATS 1.000.- zusätzlich
- + Energiesteuer: zusätzlich ATS 520.-/Jahr für Durchschnitt
- + Autobahnvignette (ab 1.1.2001): ATS 1.000.- statt 550.-, die LKW-Maut wurde verschoben. Die Verteuerung der Vignette wäre überflüssig, würde die LKW-Maut von 2 auf 4 Schilling angehoben werden.
- + Die Zigaretten wurden 2000 drei Mal verteuert.
- + Pendler (Tarifierhöhung 1.1.2000, 1.7.2000, 1.1.2001): Die ÖBB-Tarife-Erhöhungen sind auf die Kürzung von Subventionen für den öffentlichen Verkehr zurückzuführen.

Änderungen im Pensionsrecht (ab 1. 10. 2000)

- + Das Anfallsalter für die vorzeitigen Alterspensionen (bisher 55 Jahre für Frauen und 60 Jahre für Männer) wurde beginnend mit 1.10.2000 erhöht, so dass im Dauerrecht ein Anfallsalter von 56,5 Jahren bei Frauen und 61,5 Jahren bei Männern entsteht.

- + Der Abschlag bei vorzeitiger Inanspruchnahme der Pension wird von zwei auf drei Prozentpunkte pro Jahr erhöht.
- + Kürzung der Hinterbliebenenpension (seit 1. 10. 2000)
- + Streichung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (seit 1.7.2000).
- + Kürzungen bei Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen.

Maßnahmen in der Krankenversicherung

- + Anhebung der Rezeptgebühr von 45 auf 56 Schilling (1.1.2001)
- + Ambulanzgebühren ab 2001. Diese betragen ATS 250.- bzw. ATS 150.- mit Überweisung, Obergrenze pro Jahr sind ATS 1.000.-.
- + Einschränkung der beitragsfreien Mitversicherung (ab 2001). Betroffen sind v.a. die BezieherInnen kleinerer und mittlerer Einkommen sowie PensionistInnenhaushalte. Die Einnahmen werden der Krankenversicherung vorenthalten und fließen ins Budget.

Verschlechterungen für Lehrlinge

- + Verlängerung der Lehrlings-Probezeit von zwei auf drei Monate verlängert, während die Behaltefrist von vier auf drei Monate gekürzt wurde.
- + 3 Jahre Vorlehre (ab 1.9.2000). Die Vorlehre war ursprünglich als Hilfe für lernschwache Jugendliche gedacht, die so das erste Lehrjahr binnen zwei Jahren absolvieren konnten. Nun kann die Vorlehre auf bis zu drei Jahre verlängert werden, wovon aber nur sechs Monate auf die nachfolgende Lehre angerechnet werden. Dazu haben Vorlehrlinge keine abgeschlossene Berufsausbildung, beziehen drei Jahre lang die niedrigste Lehrlingsentschädigung, haben nun eine Probezeit von sechs Monaten und sind vom "Goodwill" des Unternehmers abhängig.
- + Im Gastgewerbe müssen Jugendliche, die älter als 16 Jahre sind, nun bis 23 Uhr einsatzbereit sein (bisher 22 Uhr).

Steuererhöhungen:

- + Halbierung des ArbeitnehmerInnenabsetzbetrag von ATS 1.500. Schilling auf ATS 750.-. Wer eine teure private Pensionsversicherung abschließt, wird der Verlust durch eine staatliche Prämie abgegolten.
- + Wegfall des günstigen Steuersatzes auf Urlaubs- und Kündigungsschädigung
- + Der Allgemeine Absetzbetrag wird bei einem Gehalt zwischen ATS 30.000.- und ATS 49.000.- eingeschliffen. Mittlere Einkommen werden überdurchschnittlich stark belastet, Superverdiener bleiben verschont.
- + Besteuerung der Unfallrenten (ab 2001)
- + Kürzung des Arbeitslosengeldes (ab 2001)

- + Die Frist für die Anwartschaft für das Arbeitslosengeld wurde von 26 auf 28 Wochen verlängert.
- + Auch die Höhe des Arbeitslosengeldes wurde gekürzt. Arbeitslose mit Kindern erhalten eine Leistungskürzung vorrangig durch die Reduzierung der Familienzuschläge. Ebenfalls Leistungskürzungen erfahren Arbeitslose ab einem Vorverdienst von ATS 17.000.- brutto.
- + Integra : Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose ohne Bezahlung nach KV (ab 2001)
- + Umwandlung des AMS in eine GmbH ohne Haftung des Bundes, dadurch soll die Arbeitsvermittlung in den privaten Sektor ausgelagert werden

- + Einführung von Studiengebühren (ab dem Wintersemester 2001/02) von ATS 10.000.- pro Jahr.

Zivildienst (1.6.2000)

- + Zivildienst ist ohne Schulden nicht mehr zu bewältigen. Das Essensgeld wurde von ATS 155,- auf ATS 43,- pro Tag reduziert.

Damit aber nicht genug, gibt es Angriffe auf die fundamentalen Rechte von ArbeitnehmerInnen direkt:

- + Mit dem Angriff auf die Sozialversicherungen wird nicht nur die "Selbstverwaltung" beendet (auch wenn diese verbesserungswürdig gewesen ist), sondern längerfristig auch ein lukrativer Bereich für Banken erschlossen
- + Kollektivvertragsverhandlungen sollen von der Branchen- auf die betriebliche Ebene verlagert und somit die Gewerkschaft entmachtete werden
- + das Pensionssystem wird ausgehebelt und auf "private" Vorsorge umgestellt und die Sozialversicherungskosten sollen stärker auf die ArbeiterInnen abgewälzt werden.
- + demokratische Grundrechte, wie das Demonstrations- und das Streikrecht werden in Frage gestellt
- + Angriffe auf die Organisationen und Strukturen der ArbeiterInnenbewegung wie die Senkung der Arbeiterkammerumlage, die Forderung nach Streikverbot im Öffentlichen Dienst und der Wunsch, Sozialpartnervertreter aus dem Parlament zu entfernen
- + allgemeine Hetze gegen Gewerkschaft und Arbeiterkammer

ES REICHT!
STREIK
JETZT!

ES REICHT!
STREIK
JETZT!
Sozialistische LinksPartei

TEL 01-524 63 10

ES REICHT!
STREIK
JETZT!
Sozialistische
TEL 01-5

"WIR SITZEN DOCH ALLE IM SELBEN BOOT"

"Wir sitzen doch alle im selben Boot" ist eine der häufigsten Behauptungen, wenn es darum geht, ArbeiterInnen klarzumachen, warum sie sich mit dem, was die Unternehmer bereit sind zu geben, zufrieden geben sollen. Wenn Unternehmer Beschäftigte "abbauen" = entlassen, um z.B. die Dividende zu erhöhen, fällt das interessanterweise niemandem ein! Um der Wahrheit näher zu kommen, müssen wir das Bild genauer betrachten: Ja, wir sitzen alle im selben Boot, aber die Mehrheit rudert (die ArbeiterInnenklasse), während die Minderheit (die Kapitalisten) auf dem Sonnendeck sitzt, Drinks serviert bekommt, kurz einmal in den Pool springt um sich abzukühlen und jene Ruderer, die schlapp machen, mit einem Fußtritt über Bord wirft.

Adam Smith, einer der Urväter der Nationalökonomie, dem man kaum nachsagen kann, ein "Linksradikaler" gewesen zu sein, drückte es Ende des 18. Jahrhunderts so aus: "...wobei die Interessen keineswegs die gleichen sind. Der Arbeiter möchte so viel wie möglich bekommen, der Unternehmer so wenig wie möglich geben. Die Arbeiter neigen dazu, sich zusammenzuschließen um einen höheren Lohn durchzusetzen, die Unternehmer um ihn zu drücken".

An dieser simplen Erkenntnis hat sich auch in den vergangenen 200 Jahren nichts geändert. Wenn der Lebensstandard in den Industrieländern auch für die ArbeiterInnenschaft heute höher ist als damals, ist der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit derselbe. Nach wie vor eignen sich Kapitalisten die unbezahlte Mehrarbeit an. Wir bekommen nur einen Teil des Wertes, den wir an unserem Arbeitsplatz schaffen, bezahlt.

"WIR MÜSSEN DOCH ALLE DEN GÜRTEL ENGER SCHNALLEN"

Einerseits wird, um die "eigene" Leistung zu präsentieren, stolz auf Umsatz- und Gewinnentwicklung hingewiesen. Andererseits bricht immer dann, wenn die ArbeiterInnen auch ein Stück vom Kuchen wollen - also Lohn/Gehaltserhöhungen verlangen, längere Urlaube oder kürzere

Arbeitszeit - das große Jammern aus. "Wir müssen doch alle den Gürtel enger schnallen" - noch ein Standardsatz der Unternehmer, wenn wir es wagen, etwas zu fordern. Eine Behauptung, die nicht stimmt. Denn: Die Reichen werden immer reicher. So haben die Unternehmer und ihre Vertreter in den letzten 20 Jahren eine Reihe von Verschlechterungen auf unsere Kosten durchgesetzt, und daran selbst gut verdient. Bei der Zerschlagung der Verstaatlichten pickten sie sich die Rosinen heraus und wurden lästige Konkurrenz los. Durch den Sozialabbau der 90er Jahre kam es zu enormen steuerlichen Entlastungen der Unternehmer (Abschaffung der Vermögenssteuer, Absenkung des Spitzensteuersatzes) und zu Umverteilungen von unten nach oben. Damit nicht genug, wurde die Arbeitskraft flexibilisiert und damit billiger gemacht. Die Folgen u.a.:

"Unter den OECD-Staaten hat nur Deutschland eine noch niedrigere Gewinnbesteuerung als Österreich, in den USA sind die Steuereinnahmen aus der Vermögensbesteuerung achtmal so hoch wie in Österreich.

"Die Steuerbelastung für ArbeiterInnen stieg stark an (1992-99: Lohnsteuer plus 49%, Umsatzsteuer plus 31%) jene für Unternehmer blieb fast gleich (Gewinnsteuer plus 6%).

"Die Produktivität je Beschäftigten stieg von 1988 bis 1998 nur in Portugal stärker, in allen anderen EU-Staaten, aber auch in den USA wesentlich schwächer als in Österreich.

In den 50er und besonders 60er Jahren existierten aufgrund des Nachkriegsaufschwunges Spielräume und Zugenstände an die ArbeiterInnenbewegung konnten gemacht werden. Seit den 70er Jahren aber ist die wirtschaftliche Situation weniger rosig, die Weltwirtschaft befindet sich in einer langen Depressionsperiode, in der schwache Aufschwünge und stärkere Abschwünge keine Spielräume zulassen. Diese Entwicklung stellt den Hintergrund dar, vor dem die neoliberale Politik der 80er und 90er Jahre aus Sicht der Kapitalisten notwendig wurde. Die jüngsten Wirtschaftsprognosen sind alles andere als gut. Wir müssen daher davon ausgehen, dass die Angriffe nicht aufhören, sondern noch intensiviert werden.

WAS TUN?

Dass es so nicht weitergehen kann ist offensichtlich. Wenn wir diese Politik nicht stoppen, dann werden wir bald ohne Sozialversicherung aber dafür jedeR mit noch mehr Schulden dasitzen. Widerstand ist notwendig. Aber wie?

Bis jetzt hat die Gewerkschaftsführung auf Verhandlungen gesetzt. Diese Taktik konnte in der Aufschwungperiode der 60er Jahre und auch dem Austrokeynsionismus der 70er Jahre in einem gewissen Ausmaß funktionieren. Aber wenn keine Spielräume mehr vorhanden sind und die Gewerkschaft nicht aus einer Position der Stärke, sondern der Schwäche heraus verhandelt, können die Ergebnisse nur schlecht sein.

Was haben die jüngsten Verhandlungen gebracht? Sie wurden wie im Fall der Pensions"Reform" oder im Öffentlichen Dienst benutzt, um den ÖGB von Kampfmaßnahmen abzuhalten, aber die Gewerkschaft konnte ihre Punkte nicht durchbringen. Der einzige Zweck von Verhandlungen ist es heute, die Gewerkschaft über den Tisch zu ziehen und/oder ihr Zugeständnis zu Angriffen auf den Sozialstaat zu erhalten. Dabei wird die eigentliche Rolle der vielgepriesenen Sozialpartnerschaft deutlich. Sozialpartnerschaft wollen Regierung und Unternehmer nur solange, solange sie in der Defensive sind. Einmal in der Offensive und stark genug um ihre Anliegen durchzusetzen, interessiert sie Sozialpartnerschaft nicht mehr. Daraus muss die Gewerkschaft ihre Lehre ziehen und nicht einseitig an der Sozialpartnerschaft festhalten, sondern mit den passenden Mitteln gegen die Angriffe kämpfen.

Die halbherzigen Aktionstage des ÖGB haben sich als wirkungslos herausgestellt, ebenso wie die 55.000 Unterschriften gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung. Auch eine imposante Demonstration, wie jene am 5. Juli 2001 mit 50.000 TeilnehmerInnen beeindruckte die Regierung kaum. Der Grund ist einerseits, dass Regierung und Unternehmer wissen, dass auch die ÖGB-Führung kein Interesse an einem Streik hat. Und andererseits wissen sie auch, dass es sich um Einzelaktionen der Gewerkschaft handelt und es keinen zusammenhängenden Aktionsplan gibt, der z.B. die Proteste von Post, Telekom und Bildungsbereich verbindet. Soll gewerkschaftlicher Kampf erfolgreich sein, muss er konsequent sein. D.h. dass die Gewerkschaft ihre schärfste Waffe - den Entzug der Arbeitskraft für den Unternehmer in einem Streik - tatsächlich einsetzen kann bzw. einsetzt.

Die Behauptung, die Gewerkschaft würde nun den "verstaubten und überholten Klassenkampf" wieder ausgraben ist falsch: Der Konflikt zwischen den Klassen existiert im Kapitalismus immer, aufgrund der widersprüchlichen Interessen von Kapital und Arbeit. Die Unternehmer kämpfen sehr effektiv für ihre Interessen und haben hier viel an Boden gewonnen. Die bereinigte Nettolohnquote - also der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen unter Berücksichtigung von Steuern und Abgaben - viel von knapp unter 60% Mitte der 70er Jahre auf 45,9 % 1998. Im jüngsten "Bericht über die soziale Lage" des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen fehlt der Wert ganz.

Wenn Unternehmer ArbeiterInnen entlassen, spricht niemand vom "Klassenkampf". Wehrt sich die ArbeiterInnenklasse, dann macht sie sich dieses "Vergehens" schuldig. Die Klassen - Kapitalisten und ArbeiterInnen - stehen im Kapitalismus in einem ständigen Kampf miteinander. Wie dieser aber konkret ausgetragen wird, dafür gibt es unterschiedlichste Formen: Die ArbeiterInnen nehmen alles einfach hin und sind dankbar für die Brosamen, die die Kapitalisten manchmal fallen lassen. Die ArbeiterInnen versuchen sich individuell - z.B. durch längere/häufigere Krankenstände - wenigstens ein bisschen zurückzuholen. Die ArbeiterInnen schließen sich zusammen, und versuchen gemeinsam Verbesserungen zu erreichen. Dazu können sie Verhandlungen mit den Unternehmern führen und ihre Argumente vorbringen. "Wir haben die Produktivität gesteigert, darum wollen wir eine Lohnerhöhung." Oder: "Die Inflation steigt, wir können uns die Miete nicht mehr leisten, wir brauchen mehr Geld." Oder: "Es gibt so viele Arbeitslose und wir müssen ständig Überstunden machen. Wenn wir die Arbeitszeit verkürzen, haben alle einen Job." So vernünftig diese Argumente sind, die Unternehmer lassen sie nicht gelten. Denn jedes Zugeständnis schmälert ihre Profite und macht sie weniger konkurrenzfähig.

Gute Argumente reichen offensichtlich nicht. Einfach zu gehen, wenn einem der Chef nicht passt können sich die wenigsten leisten, v.a. auch weil jedeR weiß, dass es beim nächsten Chef ähnlich sein wird. An diesem Punkt kommt dann der Streik ins Spiel. Die ArbeiterInnen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, entziehen dem Unternehmer das einzige, was diesen an ihnen interessiert - genau diese Arbeitskraft. Deshalb ist ein Studierenden- oder SchülerInnenstreik auch niemals so effektiv wie ein Streik von ArbeiterInnen. Sie haben nur das Druckmittel Öffentlichkeit.

STREIK: EINE SCHARFE WAFFE

"Das Herz eines Unternehmens sind seine Beschäftigten." Dieser schon abgegriffenen Satz stammt zwar sinngemäß aus "Mitarbeitermotivation für Anfänger", hat aber einen wahren Kern: Ohne ArbeiterInnen geht nichts im Kapitalismus. Um seinen Betrieb am Laufen zu halten, braucht der Unternehmer die ArbeiterInnen. Aus diesem Grund trifft ein Streik sowohl den einzelnen Unternehmer, wie den Kapitalismus als Ganzes an seinem Lebensnerv. In einem bestreikten Betrieb geht es vielleicht kurz auch ohne Beschäftigte, wenn viel auf Lager liegt, oder wenn Streikbrecher engagiert werden. Aber auf Dauer ist der Unternehmer auf die ArbeiterInnen angewiesen, ohne sie und ihre Fähigkeiten geht gar nichts. Am deutlichsten ist das bei einer Aktiengesellschaft. Das zeigt, wer eigentlich die Werte in einem Unternehmen schafft: Fehlt der Chef, geht alles seinen gewohnten Lauf, fehlen die ArbeiterInnen, steht alles. Weil der Entzug der Arbeitskraft den Unternehmern schadet, fürchten sie ihn mehr als alles andere und führen einen erbitterten Kampf gegen streikende ArbeiterInnen.

Aber weil Unternehmer den Streik so fürchten, muss die ArbeiterInnenklasse manchmal gar nicht zu diesem Mittel greifen, sondern reicht die bloße Drohung, wie es bei uns in der Vergangenheit oft der Fall war. In Wirklichkeit war dass - vor dem Hintergrund eines Wirtschaftsaufschwungs - der Grund für die erzielten Reformen, und nicht die Sozialpartnerschaft.

Deshalb können Gewerkschaften in Verhandlungen durchaus Ergebnisse erzielen. Die Möglichkeit, dem Unternehmer die Arbeitskraft zu entziehen, reicht oft schon aus, um Zugeständnisse zu erreichen. Der Unternehmer weis, es kommt billiger, den Forderungen nachzugeben, als einen Arbeitskampf zu führen. Den Streik als Drohung einzusetzen funktioniert aber nur, wenn sie aus einer Position der Stärke heraus geführt werden, wenn die Gefahr eines Streiks real ist. Weis der Unternehmer aus Erfahrung, dass es sich um eine leere Drohung handelt, ist sie wirkungslos. Die ÖGB-Spitze hat in den letzten Jahrzehnten zwar immer wieder gedroht, aber so gut wie nie ernst gemacht. Das wissen auch Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Regierung. Sie sieht sich nicht in erster Linie als eine Klassenvertretung für die ArbeiterInnenklasse, sondern als im "öffentlichen Interesse" agierend, also ob es hier keine gegensätzlichen Interessen gäbe. Sie steht nur für die eine oder andere Verbesserung, im Rahmen des "Möglichen", an den grundsätzlichen Ausbeutungsmechanismen des Systems wird aber nicht gerüttelt. V.a. aber

stellt die ÖGB-Bürokratie das kapitalistische System nicht in Frage. Die Interessen zwischen ÖGB-Basis und der Bürokratie klaffen letztlich weit auseinander. Eben weil ein Streik aber - natürlich in unterschiedlichem Ausmaß - immer auch die Machtfrage zwischen Kapital und Arbeit stellt, will die ÖGB-Spitze dieses Kampfmittel nicht einsetzen.

DIE ÖSTERREICHERINNEN: MENSCHEN OHNE "STREIK-GEN"?

In den letzten Jahrzehnten hat es in Österreich nur sehr wenig Streiks gegeben. Die Zeiten wurden in Sekunden pro Jahr und ArbeiterInnen gemessen. Von manchen wurde wehmütig nach Italien und Frankreich geblickt und geseufzt: "Die ÖsterreicherInnen, die streiken halt einfach nicht". Tatsache ist, dass seit den 60er Jahren wenig Streiks stattgefunden haben, Tatsache ist aber auch, dass das nicht immer so war. In der Ersten Republik gab es eine Reihe wichtiger Arbeitskämpfe und auch in der Zweiten Republik war die ArbeiterInnenklasse weit kämpferischer, als das heute zugegeben wird. 1950 wandten sich hundertausende ArbeiterInnen mit dem Oktoberstreik gegen die Päckerei von Gewerkschaftsspitze, Regierung und Unternehmern und gegen die Lohn-Preis-Abkommen. Bis in die 60er Jahre gab es - wenn auch meist kleinere - hunderte Streiks. Erst mit den 70er Jahren nahmen sie ab. Nur einige Beispiele aus den weit über tausend Streiks in der Zweiten Republik:

+ 1952 streikten ca.10.000 Handelsangestellte erfolgreich für die Wiedereinführung der Samstagnachmittagssperre und ein neues Ladenschlussgesetz

+ 1952 traten ca. 85.000 Bauarbeiter für Verbesserungen der Sonderzahlungen erfolgreich in den Warnstreik

+ 1955 fand ohne Unterstützung der Gewerkschaft in Vorarlberg, Oberösterreich und der Steiermark ein Generalstreik gegen die Teuerungen statt, der mit der Anbahnung von Verhandlungen über Preissenkungen endete

+ 1956 streikten fast 12.000 BäckereiarbeiterInnen in ganz Österreich erfolgreich für höhere Löhne, 8.900 Metall- und BergbauarbeiterInnen traten in einen Solidaritätsstreik

- + 1958 streikten 2.900 Tabakarbeiterinnen in ganz Österreich 19 Tage lang gegen die Nichteinhaltung des Betriebsrätnnengesetzes - erfolgreich.
- + 1958 und 1959 gab es eine Reihe von erfolgreichen Streiks für Arbeitszeitverkürzung
- + 1961 setzten 2.800 Streikende im pharmazeutischen Großhandel mit einem 11-tägigen Ausstand eine Gehaltserhöhung von 10% durch.
- + 1962 streikten 193.000 ArbeiterInnen österreichweit erfolgreich für höhere Löhne
- + 1966 streikten über 100.000 gegen die Einreise Habsburgs
- + 1972 verweigerte die Gewerkschaft 33 streikenden türkischen ArbeiterInnen in Vorarlberg die Unterstützung, sie errangen trotzdem einen Teilerfolg
- + 1973 traten 1.194 Beschäftigte von Böhler Ybbstal auch ohne Unterstützung der Gewerkschaft fast 17 Tage in den Ausstand
- + 1980 erreichten 4.492 streikende BrauereiarbeiterInnen und 12.499 Versicherungsbeschäftigte österreichweit Lohn- und Gehaltserhöhungen
- + 1981 erstreikten 15.060 Handelsangestellte höhere Gehälter und eine arbeitsrechtliche Besserstellung
- + 1988 traten 23.400 VolksschullehrerInnen für Lohnforderungen in den Proteststreik
- + 1990 streikten 30 Beschäftigte der Psychiatrischen Universitätsklinik am AKH fast einen Monat lang erfolgreich für mehr Planstellen
- + 1991 streikten 1.500 Beschäftigte der Sicherheitswache, Gendarmarie, Zollwache, Kriminalpolizei, Justizwache in der Steiermark für Sonderzahlungen
- + 1991 und 1992 streikten 88.920 bzw. 18.000 LehrerInnen für höhere Löhne und Arbeitsplatzhaltung
- + 1993 traten 1.200 Beschäftigte des AUA-Bordpersonals zur Arbeitsplatzsicherung in den Ausstand

Die ÖsterreicherInnen sind also keineswegs "von Natur aus" streikfaul, sondern sie haben es über Jahrzehnte von der Gewerkschaftsbürokratie so gelernt. Die Sozialpartnerschaft hatte v.a. die Aufgabe, die ArbeiterInnenschaft einzulullen und vom Kämpfen abzubringen. Die Stellvertreterpolitik des ÖGB ("wir machen das für dich, zahl nur brav Deinen Beitrag") hat dazu geführt, dass nur die wenigsten Beschäftigten, aber auch BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen, heute konkrete Erfahrung mit Arbeitskämpfen haben. Diese Politik war nicht widerspruchlos: in den 70er Jahren, als es wegen der SPÖ-Regierung ("wir streiken doch nicht gegen unsere eigene Regierung") insgesamt zu einer starken Abnahme der Streikzahlen kam, nahmen die "wilden", also von der Gewerkschaft nicht anerkannten Streiks, zu und waren teilweise sogar die Mehrheit. Die streikfeindliche Politik des ÖGB hat dazu geführt, dass diese Organisation mit 1,44 Millionen Mitgliedern heute zahnlos dasteht. Aber was VER-lernt werden kann, kann auch ER-lernt werden! Denn durch die Teilnahme bei einem Streik lernt die ArbeiterInnenklasse aktive Solidarität und wie die Unternehmer, der Staat und die Medien gegen sie vorgehen. Ein Streik ist ein "kurzer Augenblick der Freiheit" in der die Widersprüche des Kapitalismus und die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit offensichtlich sind und in der sich die ArbeiterInnenklasse ihrer Stärke und Möglichkeiten bewusst wird.

24-STÜNDIGEN GENERALSTREIK ORGANISIEREN

Angesichts der bereits erfolgten und geplanten Angriffe auf den Sozialstaat und angesichts der Angriffe auf die ArbeiterInnenbewegung an sich ist es höchste Zeit, Widerstand zu leisten. Streik ist hier nicht das letzte, sondern letztlich das einzige taugliche Mittel. Ein 24-stündiger Generalstreik wäre ein Schritt, der der Regierung zeigt, dass der ÖGB kein Bienenzüchterverein ist, sondern, wie es auch in seinen Statuten steht, eine Kampforganisation. Der ÖGB hat von 24.9-14.10.2001 zu einer Urabstimmung aufgerufen. Erstmals in seiner Geschichte werden die Mitglieder befragt. Die Fragen sind vage formuliert, wieder wird die längst nicht mehr existente Sozialpartnerschaft beschworen. Insbesondere die Frage "Soll der ÖGB notfalls zu Kampfmaßnahmen greifen" zeigt, dass die Bürokratie nicht erkannt hat, wie ernst die Situation ist. "Notfalls" ist längst eingetreten, nicht irgendeine "Kampfmaßnahmen" wie neue

Demonstrationen und Aktionstage sind notwendig, sondern ein Generalstreik. Wenn die Abstimmung nicht als Alibiaktion missbraucht wird, kann sie genutzt werden, um alle Gewerkschaftsmitglieder, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen auf den Streik vorzubereiten. Gerade weil die konkreten Erfahrungen mit Arbeitskämpfen bei den meisten fehlen, muss ein Streik besonders gut vorbereitet sein. In Versammlungen müssen die Streikziele diskutiert werden und alle müssen sich als Teil des Streiks sehen. Es muss Information und Diskussion über die Regierungspolitik geben und darüber, welche Alternativen es gibt. Es ist notwendig, bei einem Streik demokratische Strukturen in den Betrieben zu schaffen - nicht irgendwelche Gewerkschaftsfunktionäre aus der Zentrale fällen die Entscheidungen, sondern die KollegInnen vor Ort. Bei Streiks, die in einem Betrieb stattfinden, wählt die Belegschaft eine Streikleitung. Die Erfahrung hat gezeigt, dass demokratische Entscheidungsfindung bei Streiks für die Beteiligung und die Standkraft der Streikenden sehr wichtig ist.

Bei einem Generalstreik müssen die Betriebe und Dienststellen vernetzt werden, aber auch hier sind demokratische Strukturen wichtig. Es reicht nicht, sich auf die vor längerem gewählten oder ernannten VertreterInnen zu verlassen, sondern es ist notwendig, sich auf die aktiven KollegInnen zu stützen. Insbesondere in Bereichen, in denen Notdienste organisiert werden müssen, wie z.B. in Spitälern oder bei der Feuerwehr, muss dies durch die Beschäftigten vor Ort geschehen. Denn sie wissen am besten, was mindestens notwendig ist. Indem sie ihre Arbeit kollektiv und demokratisch organisieren, zeigen sie aber auch, wie effektiv ArbeiterInnen ihre Arbeit selbst verwalten können und das Manager und/oder Unternehmer entbehrlich sind.

Jenen Bereichen, die gewerkschaftlich gut organisiert sind und eine gewisse Kampftradition haben, fällt in der Vorbereitungsphase eine wichtige Rolle zu. Post und Bahn, der Öffentliche Dienst, die Reste der Verstaatlichten Industrie können durch Warnstreiks in der Vorbereitungsphase zeigen, dass es ernst ist mit dem 24-stündigen Generalstreik und sie können den Beschäftigten in anderen Branchen zeigen, das Streiken möglich ist. Der Streik einer Handvoll Feuerwehrleute und Sicherheitskontrolleure am Frankfurter Flughafen 1992 verursachte einen Ausfall von fast 300 Millionen Schilling und hatte enorme Signalwirkung für den gesamten Öffentlichen Dienst.

Auch für den Streik selbst gibt es viel vorzubereiten: die Information der Öffentlichkeit dürfen wir nicht den bürgerlichen Medien überlassen, die

schon jetzt gegen uns schreiben. Eigene Informationen - Flugblätter, Streikzeitungen etc. - sind notwendig, um jene Teile der Bevölkerung zu erreichen, die auch von der Regierung angegriffen werden, aber nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Der Streik bei den Grazer Verkehrsbetrieben, der gleichzeitig zur ÖGB-Großdemonstration am 5.7.2001 gegen die Privatisierung stattfand, war nur einige kurze Notizen wert. Weil wenig darüber berichtet wurde, kann er nur wenig als Vorbild erhalten. Bei einem Streik braucht es Flugblätter und v.a. jedeN einzelneN Kollegen/in, um die Gründe für den Streik zu erklären. Ein Streik ist eine aktive Sache, niemand soll Zuhause bleiben, sondern es gibt Versammlungen und Demonstrationen, es müssen Streikposten organisiert werden. Bei einem Streik im Atomkraftwerk in Khmel'nitskaya in der Ukraine 1998 sperrten die Streikenden den Polizei- und den Geheimdienstchef sowie das Management des AKWs in ihren Wohnungen ein um zu verhindern, dass der Streik durch den Einsatz von Polizei und Armee gebrochen wurde.

In den großen, gut organisierten Betrieben ist das Streiken leichter als in kleinen. Um den KollegInnen dort zu helfen, aber auch um Streikbrecher zu verhindern, braucht es Streikposten. Die Überlegung, keinen Generalstreik sondern viele punktuelle, zeitlich und örtlich unterschiedliche Streiks zu organisieren, hat mehrere Haken. Findet ein Streik nur in einzelnen Filialen eines Unternehmens oder nur in einzelnen Unternehmen einer Branche statt, so kann die Produktion rasch in die anderen ausgelagert werden. Der Schaden für die Unternehmer wird somit minimal. Auch wegen der fehlenden Streikerfahrung ist der Generalstreik - also in allen Branchen und in ganz Österreich - notwendig, weil nur ein Generalstreik es für manche möglich macht, überhaupt zu streiken.

Auch andere Bevölkerungsgruppen, die von der Regierungspolitik betroffen sind, sollen zur Solidarität aufgerufen werden - SchülerInnen und Studierende, PensionistInnen, Arbeitslose und Hausfrauen/Hausmänner. Sie können sich in Unterstützungskomitees organisieren, eigene Aktionen setzen und den Streikenden helfen. Als 1998 in Australien die Hafendarbeiter von den Unternehmern ausgesperrt wurden um die gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte durch Unorganisierte und v.a. durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen, fand in Melbourne eine Demonstration mit über 100.000 TeilnehmerInnen in Solidarität mit den Hafendarbeitern und ihrer Gewerkschaft MUA statt.

"ICH WÜRD' JA, ABER DIE ANDEREN..."

Seit Jahren redet sich die Gewerkschaftsführung darauf aus, dass die Basis angeblich nicht bereit wäre, zu kämpfen. Auch viele KollegInnen bringen das Argument "Ich würd' ja, aber die anderen". Oft ist zu hören: "in vielen Betrieben ist der Organisationsgrad zu niedrig und mit den Teilzeitbeschäftigten geht das sowieso nicht". Das US-Unternehmen UPS wurde durch einen Streik von 185.000 Beschäftigten in die Knie gezwungen. In den USA sind gerade einmal 10% der Beschäftigten in der Privatwirtschaft gewerkschaftlich organisiert und bei UPS gibt es einen großen Anteil von Teilzeitbeschäftigten.

Es ist richtig, dass viele KollegInnen Angst vor einem Streik haben. Aber es gibt auch viele Anzeichen dafür, dass sie trotz dieser Angst bereit sind, für ihre Anliegen zu kämpfen. Es gibt Umfragen, die zeigen, dass die Gewerkschaftsmitglieder wollen, dass die Gewerkschaft ihre Interessen kämpferischer vertritt. Bei einer SWS-Umfrage gaben 61% (und das beinhaltet Unternehmer, Selbstständige etc.) an, Verständnis für Streiks zu haben. In einer anderen Umfrage geben 42,8% der Befragten an, bereits daran gedacht zu haben, zu streiken. Das war Ende der 80er Jahre, also vor den härtesten Angriffen. Im Öffentlichen Dienst, besonders bei LehrerInnen und an den Unis, ist die Kampfbereitschaft hoch, im November 2000 stimmten 95% der Vorarlberger AHS-LehrerInnen für Streik. Eine Umfrage von IFES im Juli 2001 macht deutlich: 54% sind für Streiks, 37% sogar für Generalstreik, fast 50% der Gewerkschaftsmitglieder signalisieren Bereitschaft, sich an einem Generalstreik zu beteiligen - und das, BEVOR eine Kampagne für einen Streik gemacht wurde.

Innerhalb der Gewerkschaft steht die Führung unter einem immer stärkeren Druck, endlich aktiv zu werden. Dass der Bundesvorstand endlich Maßnahmen beschlossen hat, spiegelt diesen Druck wider. Seit dem Regierungsantritt am 4.2.2000 sind viele Mitglieder aus dem ÖGB ausgetreten, weil dieser nichts getan hat. Auf der Demonstration am 5.7.2001 war der Grundtenor: "Jetzt müssen wir endlich etwas tun. Es reicht!"

Natürlich ist es nicht so, dass die Basis nur auf den Startschuss wartet, um endlich zu streiken. Das wäre eine romantische und falsche Sichtweise. Aber die Aufgabe einer Gewerkschaft ist es nicht, zu sagen: "es geht halt nicht, weil die Basis nicht will", sondern zu erklären, was notwendig ist und

die Schlüsse daraus zu ziehen. Also auch Streiks zu organisieren und dafür unter der Mitgliedschaft zu werben. Eine GewerkschaftsFÜHRUNG soll tatsächlich Initiativen vorgeben und eine führende Rolle spielen und nicht bremsen und hinterherhinken. Daher ist der ÖGB dazu aufgerufen, jetzt unter den Mitgliedern und FunktionärInnen zu informieren und für einen Generalstreik zu mobilisieren.

JA DÜRFEN DIE DENN DAS ÜBERHAUPT?

Große Unsicherheit herrscht darüber, ob Streiken überhaupt erlaubt ist. Gibt es ein Streikrecht? Wie sieht es aus? Dürfen BeamtInnen streiken? Sind politische Streiks erlaubt? Dürfen wir ohne Gewerkschaftsunterstützung streiken? Tatsache ist, dass Streiks an sich in Österreich nicht "positivrechtlich" geregelt sind, es existieren also keine Gesetze speziell für Streiks. Es gibt daher auch keine legalen oder illegalen Streiks. Die Behauptung, Streiks im Öffentlichen Dienst wären verboten, beruht auf einem heute nicht mehr gültigen Gesetz aus dem Jahr 1918. Wirklich verboten waren Streiks nur in der Monarchie, im austrofaschistischen Ständestaat und im Nationalsozialismus.

Obwohl es keine expliziten Regelungen gibt ist es natürlich wichtig, alle rechtlichen Verschlechterungen zu bekämpfen. Eine der ersten von Regierungen angestrebten ist das Streikverbot in Schlüsselbereichen, in der Waffenindustrie, im Öffentlichen Dienst; weiters das Verbot von Solidaritätsstreiks und das Verbot von Streikposten. In Österreich gibt es schon erste Schritte in diese Richtung, wie die Vorstöße von Riess-Passer für ein Streikverbot im Öffentlichen Dienst. Und Haider probiert wie weit er gegen die Gewerkschaft vorgehen kann: er lies das Büro der Personalvertretung der Pflichtschullehrer Kärntens durch die Polizei räumen. Ob solche Vorstöße durchgehen oder nicht, ist keine juristische sondern eine politische Frage, eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Gewerkschaften bzw. ArbeiterInnenklasse und Unternehmern bzw. Staat.

Heute wird versucht, mit dem Straf- und dem Zivilrecht gegen Streiks vorzugehen (durch Schadensersatzforderungen und ähnliches). Ob die Gewerkschaft einen Streik unterstützt oder nicht (also wenn er "wild" ist) ist rechtlich unerheblich und nur für die Bezahlung von Streikgeld von Bedeutung. Der ÖGB ist der Auffassung, dass aus der Koalitionsfreiheit -

also das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen - und aus der Menschenrechtskonvention auch das Streikrecht resultiert.

Aber auch wo ein Streikrecht existiert, bedeutet das nicht, dass es auch anerkannt wird. Die britische Regierung strukturierte im Bergarbeiter-Streik 1984/85 die Polizei zu einer paramilitärischen Polizeitruppe um und setzte sie gegen die Streikenden ein, unterstützt von den Geheimdiensten MI5 und MI6 sowie vom CIA. Es wurden Pferde, Hunde und Bürgerkriegsausrüstung gegen die Streikposten eingesetzt und zwei Bergarbeiter getötet, hunderte verletzt und tausende verhaftet. Die Streikkasse der BergarbeiterInnen-Gewerkschaft NUM wurde beschlagnahmt. Auch die französische Regierung versuchte im großen Streik 1995 das Militär als Streikbrecher einzusetzen.

Streiken ist ein Grundrecht. Wie alle anderen Grundrechte der ArbeiterInnen - das Recht auf Arbeit, auf ein Einkommen, auf eine leistbare Wohnung, auf Bildung und Gesundheit, auf Demonstrationsrecht, Gleichbehandlung, Gerechtigkeit - ist auch das Streikrecht ständig unter Beschuss. Ob de facto ein Streikrecht existiert ist keine juristische, sondern eine politische Frage und hängt von der Stärke der ArbeiterInnenbewegung ab und nicht davon, was in Gesetzbüchern steht.

GENERALSTREIK - WELCHES ZIEL?

Das Ziel des 24-stündigen Generalstreiks kann sein zu sagen: "Bis hierher und nicht weiter". Das bedeutet die Verschlechterungen, die schon umgesetzt sind, zu akzeptieren. Daher ist es wichtig, die Rücknahme der bisherigen Verschlechterungen von Regierung UND Unternehmern zu fordern. Die Regierung wird sagen: "Gegen uns könnt ihr doch nicht streiken, wir sind doch demokratisch legitimiert und arbeiten nur für Österreich." Die Unternehmer werden sagen: "Gegen uns könnt ihr doch nicht streiken, damit schadet ihr euch nur selbst und außerdem was können wir für die Maßnahmen der Regierung?" Nun, Regierung und Unternehmer sind keineswegs unabhängig voneinander. ÖVP und FPÖ werden von der Wirtschaft und ihren Institutionen unterstützt. Sie wurden von den WählerInnen keinesfalls dafür gewählt, das Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen oder Studiengebühren einzuführen - Sie betreiben Politik im Sinn der Unternehmer. Diese profitieren von politischen Maßnahmen wie z.B. Flexibilisierung, von Zwangsarbeit für Arbeitslose, von Kürzungen im Bildungswesen (es bleibt mehr Steuergeld für Unternehmenssubventionen

und wozu muss ein Maurer Englisch können, meinen die Lehr"herren"). Außerdem profitieren sie von geschwächten Gewerkschaften. Offensive Forderungen eines Generalstreiks können z.B. sein:

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn/Gehalt. Die Einführung eines Mindestlohnes von 1000 Euro netto. Die Durchführung eines öffentlichen Investitionsprogrammes im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich.

Streiks kommen auch im Rahmen der globalisierten Protestbewegung eine wichtige Rolle zu. Bis jetzt beschränkt sich diese Bewegung v.a. auf Demonstrationen und Gegengipfel. Die Proteste der Gewerkschaftsbewegung gegen die Kürzungen als Folge der globalen, neoliberalen Politik richten sich zur Zeit v.a. gegen die jeweiligen Regierungen. In Zeiten der "Globalisierung" müssen Gewerkschaften international agieren. ÖGB-Chef Verzetnitsch ist zwar gleichzeitig auch Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, doch ist der EGB noch zahnloser. Mit "Standortlogik" und wegen des "Konkurrenzdrucks" werden wie z.B. bei Semperit/Conti von den ArbeiterInnen Zugeständnisse erpresst. Verhindert werden kann das nur, wenn die Belegschaften an den einzelnen Standorten in Kontakt miteinander stehen und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Diese beiden Stränge der Bewegung gilt es zu vereinen. Der Renault-Streik 1996 war ein Beispiel für einen internationalisierten Arbeitskampf gegen Jobabbau. Für die Gewerkschaften ist die Verbindung notwendig, um über den eigenen, nationalen Tellerrand hinauszublicken. Für die globalisierte Protestbewegung, um zu effektiven Kampfformen überzugehen. Streiks können jeden Gipfel lahmlegen bzw. verhindern und können v.a. die Politik dieser Gipfel ernsthaft in Frage stellen.

24 STUNDEN GENERALSTREIK ALS ERSTE WARNUNG

Im Gegensatz zu betrieblichen Arbeitskämpfen, wo es meist um Löhne/Gehälter bzw. Arbeitszeitfragen geht, stellt ein Generalstreik eine weit höhere Kampfform dar. Es geht um generelle Angriffe und auch um politische Fragen. Nicht der einzelne Unternehmer, sondern weit mehr bis hin zum ganzen System selbst wird in Frage gestellt. Die Macht der

ArbeiterInnenklasse wird offensichtlich. Ein 24-stündiger Generalstreik kann daher nicht als einzelne Maßnahme, sondern als Bestandteil in einem Aktionsplan gesehen werden. Es muss klar sein, was nachher kommt. Was, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden? Dann müssen weitere und längere Streiks durchgeführt werden. Was, wenn die Forderungen erfüllt werden? Sollen wir uns dann damit begnügen, oder in die Offensive gehen, um Verbesserungen zu erkämpfen?

Vor, während und nach einem Generalstreik passiert viel. Vor allem finden in den Dienststellen und Betrieben, auf der Straße und in Lokalen Diskussionen statt. Menschen, die noch niemals auf einer Demonstration waren, gehen für ihre Anliegen auf die Straße. Menschen, die bisher dachten, was in der Zeitung steht, ist wohl auch so, müssen feststellen, dass die Medien über ihre Anliegen und ihren Kampf ein falsches Bild präsentieren. Menschen, die nichts verbochen haben, sind mit der Polizei und scharfen Angriffen durch die Regierung konfrontiert. Sie müssen sich von Regierungsvertretern als "Gewalttäter", "Randalierer", "Privilegienritter", als "unvernünftig", "egoistisch" und "erpresserisch" beschimpfen lassen. Die Angriffe von Haider und seine Verschwörungstheorie über einen angeblichen geplanten Regierungssturz sind hier ein Anfang und zeigen, in welche Richtung es gehen wird.

Ein 24-stündiger Generalstreik ist ein mächtiges Zeichen. Die ArbeiterInnenbewegung zeigt ihre Muskeln und dass sie nicht länger bereit ist, jede Verschlechterung hinzunehmen. Das wichtigste bei einem solchen Kampf ist es, konsequent zu bleiben. Die deutschen KollegInnen führten 1992 einen historischen Streik im Öffentlichen Dienst durch. Sie hätten alle ihre Forderungen durchbringen können, gaben sich aber mit einem faulen Kompromiss zufrieden und die Früchte des Sieges wurden verschenkt. Die EisenbahnerInnen, das Krankenpflegepersonal usw. zwangen die Regierung in die Knie, die Tarif"experten" verspielten den Sieg dann aber am Verhandlungstisch. Das Resultat war ein EU-Posten für die Vorsitzende der Gewerkschaft und Frust bei den Streikenden. Dieses "Stehenbleiben auf halbem Weg" gibt es leider immer wieder bei Streiks. In der Regel werden dann aber keine halben Erfolge, sondern gar keine erzielt und die Streikenden werden frustriert und fragen sich: "Wozu das ganze?" Die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, wurde von den Herrschenden stets missbraucht. Die britische Premierministerin Thatcher verfolgte das Ziel, Minen zu schließen. 1981, als sie erstmals zur Schließung ansetzte, drohte die Gewerkschaft mit Streik. Thatcher zog zurück, ordnete ihre Truppen neu und setzte 1984 zum Gegenschlag aus. Die Gewerkschaft hatte 1981 darauf verzichtet, zu kämpfen und Thatcher

die Zeit gelassen, Kräfte zu sammeln. Als Dank griff Thatcher dann nicht nur die Bergarbeiter an, sondern auch die Gewerkschaft NUM. Der Rückzug der Gewerkschaft 1981 legte die Basis für den Sieg von Thatcher 1985.

FÜR KÄMPFERISCHE UND DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN

Eines ist klar, mit der jetzigen ÖGB-Führung wird ein derartiger Kampf nicht möglich sein. Die Urabstimmung wird nicht zur Mobilisierung genutzt, die Fragen sind sehr allgemein und unverbindlich, die Forderungen nicht breit diskutiert. Die Gewerkschaftsbürokratie hat Angst vor einem Streik auch deshalb, weil sie die Kontrolle über den Streik und die Basis verlieren könnte, wenn diese beginnt, selbst aktiv zu werden.

Wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die sich nicht auf Verhandlungen beschränken, die auf keine faulen Kompromisse eingehen und die Mitglieder nicht nur als BeitragszahlerInnen sehen. In einer demokratischen Gewerkschaft vergehen nicht 50 Jahre, bis eine Urabstimmung stattfindet, sondern sind die Mitglieder in den Entscheidungsprozess eingebunden. In einer demokratischen Gewerkschaft werden die FunktionärInnen von der Basis gewählt und nicht bestellt, wie das im ÖGB teilweise der Fall ist. In einer demokratischen Gewerkschaft sind die FunktionärInnen den Mitgliedern rechenschaftspflichtig und können jederzeit abgewählt werden. Ein Grund, warum die ÖGB-Führung schon so vielen Verschlechterungen zugestimmt hat, ist, dass sie an die marktwirtschaftliche Logik glaubt und sich aufgrund der eigenen Spitzenbezüge gar nicht mehr vorstellen kann, wo das "einfache Mitglied der Schuh drückt". Das einzige Mittel, um Skandale, wie jenen um die Spitzenbezüge einiger Postgewerkschafter zu verhindern ist die konsequente Umsetzung der Forderung von "FacharbeiterInnenlohn" für FunktionärInnen". Das sich Dörfler & Co ein fürstliches Salär besorgen ist mehr als eine schiefe Optik - es ist eine Verhöhnung der tausenden Postbeschäftigten, die um ihren Arbeitsplatz bangen. Ob sie direkt "gekauft" wurden oder die Erhöhungen schon lange geplant waren, ist unerheblich. Tatsache ist, dass sie keinen Finger gegen die Pläne des Managements und für die KollegInnen gerührt haben, sich dafür selbst die Taschen füllen wollten. Für solche "Privilegienritter". Die sich noch dazu wie ein Teil des Managements verhalten, kann in der Gewerkschaft kein Platz

sein. Die Tragik beim Fall Dörfler - dem Besten was der Regierung passieren konnte - ist, dass es sich nicht um einen "Betriebsunfall" handelte. Im System der Sozialpartnerschaft und der Verwobenheit zwischen Gewerkschaft und Staat, und im System des gegenseitigen Entgegenkommens und der kleinen Gefallen ist der Fall Dörfler eigentlich normal. Normal ist nur nicht, dass er öffentlich wurde.

In einer demokratischen Gewerkschaft dürfen FunktionärInnen nicht mehr verdienen, als die KollegInnen, die sie vertreten und selbstverständlich haben die Mitglieder das Recht zu wissen, wieviel die FunktionärInnen verdienen. Wer - auch weil er/sie mehrere Funktionen hat - mehr verdient, muss die Differenz in einen Fonds einzahlen, aus dem Gewerkschaftsaktivitäten finanziert werden.

Wenn ein Streik beschlossen und durchgeführt wird, braucht das die demokratische Teilnahme aller Mitglieder. D.h. auch, dass darüber, ob Verhandlungsergebnisse angenommen bzw. der Streik unterbrochen oder beendet werden sollen nicht eine Handvoll Funktionäre, sondern die Streikenden selbst entscheiden. In den Verhandlungsteams müssen von den Streikenden gewählte VertreterInnen sitzen, die Verhandlungen müssen offen - z.B. Live im Fernsehen - übertragen werden. Eine solche kämpferische und demokratische Gewerkschaft wird nicht von selbst entstehen und auch nicht auf Initiative der Führung. Gerade jetzt ist es notwendig, Basisstrukturen aufzubauen und erste Schritte für eine organisierte Opposition zur Gewerkschaftsbürokratie zu setzen.

FÜR EINE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT

Weil wir die tagtäglichen Ungerechtigkeiten sehen - Ausbeutung, Unterdrückung, Hunger, Elend und Krieg - und weil wir sehen, dass der Sturz der blau-schwarzen Regierung nicht reicht, weil die letzte auch nicht viel besser war und dass diese Probleme im Rahmen des Kapitalismus nicht gelöst werden können, sind wir SozialistInnen. Für uns sind Streiks ein legitimes und notwendiges Kampfmittel, um Verschlechterungen zu verhindern und Verbesserungen zu erkämpfen. Bei Streiks machen ArbeiterInnen die Erfahrung, dass sie gemeinsam stark sind und etwas erreichen können. Solidarität wird gelebt und erlebt. Sexismus und Rassismus, mit denen wir es auch in der ArbeiterInnenklasse leider immer

wieder zu tun haben, werden in Streiks reduziert. Beim Streik der Liverpoolscher Hafendarbeiter organisierten sich die Frauen der Hafendarbeiter in WOW ("Women of the Waterfront" - Frauen der Wasserfront) und führten verschiedenste politische Aktionen durch. Sie sind dadurch selbstbewusster geworden und die Männer haben gelernt, dass "ihre" Frauen v.a. ihre Mitkämpferinnen sind. Ein Aktivist des deutschen ÖTV-Streiks von 1992 meinte: "Elf Tage gemeinsame Kampferfahrung haben mehr gegen AusländerInnenfeindlichkeit bewirkt, als alle moralischen Predigten der Politiker zusammen."

In Streiks werden erste Erfahrungen mit Organisation gemacht und deutlich, wie wichtig Gewerkschaften aber auch politische Parteien sind. Von der SPÖ ist heute bei einem Generalstreik keine Unterstützung zu erwarten, sie ist eine bürgerliche Partei geworden. Der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei ist daher auch eine wichtige Forderung der SLP.

Bei Streiks wird auch deutlich, wo die Grenzen von "Demokratie" sind, nämlich dort, wo die Interessen der Unternehmer beeinträchtigt sind. Es wird deutlich, welche Rolle die Unternehmer, die Medien, die Polizei und der Staat spielen und dass diese nicht neutral sind.

In einer kapitalistischen Gesellschaft wird es immer Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung geben. Die düsteren Aussichten für die Weltwirtschaft lassen weitere Angriffe erwarten - in Österreich genauso wie international. Die ArbeiterInnenklasse ist gezwungen zu reagieren und die Angriffe zurückzuschlagen. Streiks sind hierbei ein wichtiges Mittel. Jeder Streik, jeder Klassenkampf stellt letztlich auch die Machtfrage - wer soll entscheiden, die ArbeiterInnen oder die Unternehmer? Die ArbeiterInnen beginnen auch, das herrschende System in Frage zu stellen und nach Alternativen zu suchen. Im Generalstreik der französischen ArbeiterInnen 1968 mit zehn Millionen TeilnehmerInnen ging es genau darum. Damals lag die Macht auf der Straße - aber die KP ergriff sie nicht, und so ergriffen sie die Bürgerlichen, die weniger zimperlich waren.

Jeder Streik führt den Kapitalisten ihre Machtlosigkeit vor Augen und erinnert sie daran, dass die ArbeiterInnen und nicht sie selbst die wirklichen Herren sind. Und jeder Streik erinnert die ArbeiterInnen daran, dass ihre Situation nicht "Gott gegeben" ist, dass sie nicht alleine sind. Wenn Unternehmer Arbeitsplätze durch Betriebsschließungen verhindern wollen, kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Betriebsbesetzungen. Das bekannteste Beispiel ist die französische Uhrenfabrik LIP, die 1973 von der Belegschaft besetzt wurde. Die Produktion wurde selbst verwaltet und

weitergeführt, es wurden Löhne ausbezahlt. Die LIP-ArbeiterInnen erhielten Unterstützung durch eine Welle von Solidarität von ArbeiterInnen aus vielen Ländern. Die Regierung beendete dieses Projekt von ArbeiterInnenselbstverwaltung mit Hilfe der Polizei.

Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet wird, in der nicht Profite, sondern Bedürfnisse zählen. Um eine solche Gesellschaft zu erreichen, braucht es den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnenklasse. Ein Kampf, dessen wichtigste Bestandteile - Solidarität und Widerstand - Elemente jedes Streiks sind. Ein Kampf, der nur dann erfolgreich sein kann, wenn die ArbeiterInnenklasse in den Kämpfen davor - also auch in Streiks - ihre eigene Stärke erfahren hat.

NACHBEMERKUNG

Streiks, insbesondere Generalstreiks, sind eine sehr mächtige Waffe. Beim Lesen dieser Broschüre wird klar, dass streikende ArbeiterInnen rasch mit dem System des Kapitalismus an sich in Konflikt kommen. Das Vertrauen in die bürgerlichen Medien wird gebrochen, die ArbeiterInnen beginnen, sich ihre eigenen Medien zu schaffen. Nicht die Strukturen der bürgerlichen Demokratie, sondern jene, die sich die Streikenden selbst schaffen, sind wichtig. Um Aussperrungen zu verhindern, werden Betriebe besetzt und damit die Eigentumsfrage gestellt. Rasch stellt sich auch die Frage "wie können wir uns gegen einen Polizeiangriff wehren, wie gegen Streikbrecher?" und damit wird das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates an sich in Frage gestellt und die Verteidigung der ArbeiterInnenklasse auf die Tagesordnung gebracht. Die Erfahrungen und das Selbstbewusstsein, das die Klasse in diesen Auseinandersetzungen bekommt, fürchtet die herrschende Klasse. Daher versucht sie mit allen Mitteln Streiks zu verhindern. Streiks sind noch keine Revolution, aber wichtige Schritte auf dem Weg dorthin. Sie sind, wie Friedrich Engels es ausdrückte: "Kriegsschulen der ArbeiterInnenklasse".

Die SLP tritt an, eine neue sozialistische Partei aufzubauen. Und das nicht nur in Österreich, sondern international. Wir verstehen uns als Ansatzpunkt für den Aufbau einer starken ArbeiterInnenbewegung, wir stehen für die Einheit der ArbeiterInnenklasse in sozialen und politischen Kämpfen. Wir sind Teil des "Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale" (CWI/ KAI), das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.

Die SLP ist ein wesentlicher Teil der Bewegung gegen FPÖ/VP. Wir waren auch in der Vergangenheit - teilweise führend - an Bewegungen gegen Rassismus und FPÖ, Sozial- und Bildungsabbau, für Frauenrechte und internationale Solidarität aktiv beteiligt.

Rassismus und Sozialabbau sind kein Zufall. Diese Regierung (aber auch folgende bürgerliche Regierungen) schnürt Kürzungspakete, um angesichts einer international instabilen wirtschaftlichen Lage die Profite der Unternehmer zu sichern. Eine Alternative muss sich also grundsätzlich gegen die Interessen der Unternehmer richten. Wir sehen die Wurzel von Armut, Krieg, Rassismus... in dieser Gesellschaft im kapitalistischen System selbst. Unser Ziel ist daher eine grundsätzlich andere Gesellschaft: der Sozialismus. Ein Sozialismus, der nichts mit den stalinistischen Regimes im Ostblock aber auch nichts mit der Politik der SPÖ zu tun hat, sondern eine demokratische Gesellschaft ist, die nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist.

Die SLP ist eine demokratische Partei, bei der man aktiv mitkämpfen kann und soll. Mitglied werden kann, wer die Prinzipien der SLP/des CWI mitträgt und sich an den Aktivitäten der Partei beteiligt.



Ja, ich will:

- 1 Vorwärts-Abo! (18 EUR/ Sozialpreis: 10 EUR)
- regelmäßige Infos der SLP!
- Euch persönlich kennenlernen!
- Mitglied bei der SLP werden!

Marke bitte!

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon:

Email:

**An die
Sozialistische LinksPartei**

**Kaiserstraße 14/11
A-1070 Wien**

